

Meinung

Kameras gegen Falschparker Datenschützer sind gefordert

PETER NEUMANN

Mit „Every“ hat der US-Schriftsteller Dave Eggers ein beängstigendes Stück Science Fiction vorgelegt. Beängstigend ist seine Dystopie eines digitalen Tugendstaats unter der Ägide des Tech-Giganten Every vor allem aus einem Grund: In vielen Apps und Programmen, die Eggers' Romanhelden immer mehr Freiheit rauben, lässt sich durchaus ein Sinn erkennen. Dass man sich für Strandspaziergänge registrieren muss – vielleicht nicht ganz falsch, wenn in Notsituationen schnell reagiert werden soll. Bei Eggers kommt auch ein intelligentes Stoppschild vor, das Kraftfahrer, die nicht anhalten, automatisch meldet. Könnte der Verkehr durch diese automatisierten Überwachung nicht sicherer werden? Oder ginge das zu weit? Was passiert mit den Daten der regelkonformen Fahrer?

Nun bereiten Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte mit dem Senat einen Versuch zur digitalen Parkraumüberwachung vor. In einer zweiten Stufe sollen im Vorüberfahren auch Falschparker, die Lieferzonen oder Radwege versperren, ermittelt werden. Kameras und Software sollen die Ordnungsämter entlasten.

Aber es würden auch Kennzeichen von Autos erfasst, die nicht gegen die Vorgaben verstößen. Auf Verdacht gewissermaßen. Zwar heißt es, dass diese Daten gleich wieder gelöscht werden, wenn ein Abgleich keinen Verstoß ergibt. Und sicher, im Ausland ist diese Technik bereits im Einsatz. Man findet sie auch auf Supermarktparkplätzen und Privatgrundstücken in Deutschland, mit Kennzeichenscannern oder Bodensensoren.

Doch schon für diese begrenzten Anwendungen wurden hohe Anforderungen formuliert, etwa zur Information der Autofahrer. Es wird zu prüfen sein, ob eine Ausdehnung auf ganze Stadtviertel den strengen Anforderungen des Datenschutzes standhält – zu Recht.

Menschenrechte Assange braucht Hilfe

MICHAEL MAIER

Für Julian Assange wird es immer enger: Ein britischer Höchstrichter hat befunden, dass Assange an die USA ausgeliefert werden kann – wenn die Amerikaner ihn menschenwürdig behandeln. Doch die Vorgaben sind ganz konkret: Er darf nicht in ein bestimmtes Hochsicherheitsgefängnis gebracht werden – doch es gibt dutzende andere. Er darf nicht wie die 50 schlimmsten Verbrecher behandelt werden – doch sitzen 80.000 Personen in Isolationshaft.

Assanges Verteidigung muss nun schnellstens in der Sache Berufung einlegen – um wenigstens die Chance zu wahren, den Fall am Ende vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu bringen. Der Wikileaks-Gründer soll nach Angaben seiner Verlobten einen leichten Schlaganfall erlitten haben. Laut dem UN-Sonderberichterstatter über Folter, Nils Melzer, ist Assange schon lange in einem extrem schlechten Gesundheitszustand. So sei er während einer Verhandlung eingeschlafen, weil ihm die Psychopharmaka zu schaffen machten.

Das politische Interesse am Schicksal eines Mannes, der Kriegsverbrechen aufgedeckt hat, hat sich unter der Regierung Merkel-Scholz in Grenzen gehalten. Während der Fall des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny Chefsache wurde und schwere Spannungen mit Moskau auslöste, wird der Fall Assange totgeschwiegen. Die neue Regierung hätte hier die Möglichkeit, es besser zu machen: Bundesaußenministerin Annalena Baerbock will ja die Menschenrechte forcieren und eine werteorientierte Außenpolitik betreiben. Die FDP hatte zumindest vor der Wahl angegeben, sie wolle sich vorbehaltlos für Menschen- und Bürgerrechte einsetzen. Der Fall Assange wird über die Glaubwürdigkeit dieser Bekenntnisse entscheiden.



In Merkels Schuhen

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Zitat

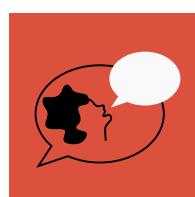
„Hier gibt es Regeln. Wenn du dich an die hältst, ist alles okay. In der Musik kannst du dein Bestes geben, und trotzdem bist du nie gut genug.“

Dina König, 29, Altistin, in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Sie ist jetzt Straßenbahnhaftrerin in Basel.

Auslese

Das Gerede von der Diktatur

SPD Einfach nur regieren



CHRISTINE DANKBAR

Was war das für ein Jahr für die SPD! Zu Jahresbeginn noch komplett abgeschrieben, vielfach belächelt und – schlimmer noch – vielfach bemitleidet, ist die Partei tatsächlich als Wahlsiegerin aus der Bundestagswahl im September hervorgegangen. Viele Rednerinnen und Redner und vor allem viele der digital zugeschalteten Delegierten des Bundesparteitages am Wochenende klangen in ihren Beiträgen so, als könnten sie es selbst noch nicht glauben.

Die Begriffe SPD und Erfolg in einem Satz zu sprechen, darauf haben sie lange warten müssen. Man kann es also verstehen, wenn es der SPD bei dem auf einen Tag zusammengestrichenen Parteitag vor allem darum ging, einander zu herzen und sich Freundlichkeiten zu sagen. Auch wenn manches dabei ein bisschen schräg klang.

Zum Beispiel bei Saska Esken, der alten und neuen Co-Vorsitzenden. „Wir sind Kanzler“, sagte sie und es klang tatsächlich so, als habe sie Olaf Scholz eigenhändig in den Sattel gehoben. Dabei lag ihr Verdienst und der ihres bisherigen Mitvorsitzenden Norbert Walter-Borjans ja vor allem darin, im Wahlkampf nicht allzu sehr aufzufallen und Olaf Scholz die Bühne zu überlassen.

Dieser wiederum hat seinen, letztlich auch sehr knappen Wahlsieg zu einem beträchtlichen Teil der Schwäche seiner Gegner zu verdanken. Scholz' Kanzlerkandidatur war ja vor allem deshalb so erfolgreich, weil er – anders als seine Konkurrenten – keine dummen Fehler machte. Im Gegenteil: Die Fehltritte von Laschet und Baerbock ließen den Scholzomat erst so richtig verlässlich wirken. Die Deutschen wollen eben lieber beruhigt als bezaubert werden. Dennoch: Gewonnen ist gewonnen, sagen sich die Genossinnen und Genossen und schlagen sich gegenseitig auf die Schulter. Ja, im warmen Licht des Erfolgs sind Dinge möglich, die man sich vorher hätte kaum vorstellen können. Zum Beispiel Einigkeit in der SPD.

Die geht allerdings nicht so weit, dass alle in der Parteispitze mit dem gleichen umfangreichen Mandat ausgestattet wurden. Saska Esken und Kevin Kühnert mussten Wahlergebnisse hinnehmen, die euphemistisch als „ehrlich“ bezeichnet wurden. Beide blieben sehr deutlich unter 80 Prozent der Stimmen, was besonders im Kontrast zum guten Abschneiden des neuen Vorsitzenden Lars Klingbeil auffiel. Der bekam mit mehr als 86 Prozent Zustimmung gewissermaßen die Belohnung für den erfolgreichen Wahlkampf – und vor allem jede Menge Rückenwind für seinen Start an der Parteispitze.

Für Esken und Kühnert sind die Aufgaben erst einmal ganz unterschiedlich verteilt. Kühnert, der Bundestagsneuling, muss sich ins Mandat einarbeiten und als Generalsekretär dem neuen starken Mann Klingbeil attackierte die Union, die Wirtschaftspolitik mit der Nähe zu Wirtschaftsbossen verwechsle. Das klang kämpferisch.

Allerdings hat man von Olaf Scholz bereits Signale registriert, die seine Kanzlerschaft massiv unter die Überschrift Kontinuität stellen. Womöglich genügt es ihm, einfach zu regieren, nachdem der Mindestlohn und das ein oder andere sozialdemokratische Wahlversprechen eingelöst sind. Getreu dem Motto des SPD-Altkanzlers Helmut Schmidt – „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“ – könnte er sich als Moderator zwischen den Liberalen und Grünen betätigen, deren Drängen nach Veränderung er dann abbremsen – zur Erleichterung der Bürgerinnen und Bürger, die es in der Mehrzahl vermutlich nicht nach unkomfortablen Veränderungen drängt.

Als Strategie kann das klappen. Für die Partei könnte das jedoch gefährlich werden. Die CDU hat das leidvoll erfahren. Klingbeil hat seine Kenntnis der Zentrale und das Talent zum Strippenziehen können dabei hilfreich sein, ausreichen wird das aber nicht. Saska Esken wiederum wird in der nächsten Zeit vermutlich erst einmal einen gewissen Bedeutungsverlust verdauen müssen, was sich schon bei den Koalitionsverhandlungen zeigte.

Denn eines ist klar, der wichtigste Mann in der SPD bleibt auf absehbare Zeit der, der am Wochenende gar nicht zur Wahl stand: Bundeskanzler Olaf Scholz. Seinen Machtanspruch hat er bereits bei der Besetzung seines Kabinetts unter Beweis gestellt. Auf dem Parteitag betonte er ihn erneut.

Die Personalfragen sind vorerst geklärt. Bleibt die Programmatik. Wie wird der SPD die eigene Transformation gelingen? Klingbeil hat in seiner Rede von einem sozialdemokratischen Jahrzehnt gesprochen. Auch Scholz selbst hat bereits seine Wiederwahl thematisiert, noch bevor er überhaupt das erste Mal vereidigt war. Meinen die beiden das Gleiche? Und wenn ja: Wie wird es aussen, dieses sozialdemokratische Jahrzehnt?

Klingbeil attackierte die Union, die Wirtschaftspolitik mit der Nähe zu Wirtschaftsbossen verwechsle. Das klang kämpferisch. Allerdings hat man von Olaf Scholz bereits Signale registriert, die seine Kanzlerschaft massiv unter die Überschrift Kontinuität stellen. Womöglich genügt es ihm, einfach zu regieren, nachdem der Mindestlohn und das ein oder andere sozialdemokratische Wahlversprechen eingelöst sind. Getreu dem Motto des SPD-Altkanzlers Helmut Schmidt – „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“ – könnte er sich als Moderator zwischen den Liberalen und Grünen betätigen, deren Drängen nach Veränderung er dann abbremsen – zur Erleichterung der Bürgerinnen und Bürger, die es in der Mehrzahl vermutlich nicht nach unkomfortablen Veränderungen drängt.

Als Strategie kann das klappen. Für die Partei könnte das jedoch gefährlich werden. Die CDU hat das leidvoll erfahren.

Kolumne

Geschenke zu Silvester

MIRAY CALISKAN

Meine Familie feiert nicht Weihnachten, sondern das neue Jahr. In vielen anderen türkischen Familien wird tatsächlich auch ein „Neujahrbaum“ aufgestellt, der genauso aussieht und genauso kitschig geschmückt wird wie eine Weihnachtstanne. Auch der Tisch wird festlich gedeckt, eben nicht zu Heiligabend oder zum ersten oder zweiten Weihnachtstag, sondern zu Silvester. Man isst und trinkt gemeinsam, beschenkt sich, schaut sich ulkige Silvesterprogramme im Fernsehen an.

Wozu zum Jahresende türkische Metropolen wie Istanbul besucht, wird vermutlich keinen Unterschied zu europäischen Städten entdecken. Die Straßen sind durchzogen mit Lichern, die Schaufenster prunk-

voll geschmückt mit Christbaumkugeln, der „Noel Baba“ in seinem roten Kostüm und mit seiner Zipfelmütze verteilt in Einkaufszentren und Innenstädten Geschenke an Kinder, überall läuft dieselbe Christmas-Playlist. Wie Weihnachten – aber eben kein Weihnachten, weil der 25. und 26. Dezember auch keine Feiertage sind.

Dass meine Familie und ich uns Silvester beschenken, ist ein Brauch, der sich in meiner Jugend etabliert hat. Mich hatte es lange verwirrt: die schmucklose Welt zu Hause, die hell erleuchtete Welt in der Schule, aber auch bei Freunden. Sie feierten allesamt Weihnachten, erzählten, wie sie mit ihren Familien Plätzchen backen und verzieren, berichteten von ihren tollen Geschenkwünschen. Natürlich war ich neidisch. Ich konnte nicht nachvollziehen, wieso meine Eltern, die seit Jahrzehnten in Deutschland lebten, den schönen Brauch nicht übernommen hatten. Ich beschloss, sie an die Silvestertradition aus der Türkei zu erinnern. Wir könnten einander doch an diesem Tag beschenken? Meine Eltern machten mit.

Meine Freunde und ich feiern zusätzlich in einer kleinen Runde Weihnachten, fragen uns im November, wie hoch das Wichtelbudget noch mal war, an das sich letztlich niemand hält, und gehen vor dem eigentlichen Fest gemeinsam essen. Wenn man also so will, feiere ich im Dezember nicht ein Fest, sondern zwei – zwei kulturelle Traditionen, die eigentlich identisch sind, nur verschieden heißen.

Berliner Zeitung

PFlichtblatt der Börse Berlin

Herausgeber: Dr. Michael Maier

Redakteur: Tobias Miller

Textchef: Bettina Cosack

Reporter: Bettina Cosack, Tobias Miller

Dossier: Anja Reich

Ressorts

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Breinne

Kultur: Harry Nutz

Lernen & Arbeit: Eva Conio

Gesundheit & Leben: Rolf Schneidewer

Sport & Leidenschaft: Christian Kather (Kom.)

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak

Die für das jeweilige Ressort an einer Stelle genannten sind

verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Chef Print: Ingo Preißler

Art Direktor: Print: Heike Fischer

Chefin Open Source: Wiebke Holler (Kom.)

Leserbriefe: +49 30 23 27 55 457

Telefon: +49 30 63 33 11 457

Leserbriefe: +49 30 23 27 55 457

E-Mail: leser-bz@berlinerverlag.com

Redaktion: BV Berliner Tageszeitungen GmbH

Geschäftsleitung: Dr. Mirko Schiebelbein, Jan Schmidt

Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Verlag: Berliner Verlag GmbH

Geschäftsleitung: Dr. Mirko Schiebelbein, Christoph Stiller

Postadresse: 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27 55 33

Anzeigen: BVZ Anzeigenagentur GmbH, Geschäftsleitung:

Dr. Mirko Schiebelbein, Edzard Masse

Postfach 11 05 66, 10969 Berlin,

Anzeigenannahme: +49 30 23 27 55 97

E-Mail: anzeigenagentur@berlinerverlag.com

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerverlag.com

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH

Geschäftsleitung: Steffen Helmrich, Christoph Stiller

Am Waserwerk 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berlinerzeitungsdruck.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, F-Mail: leserservice@berlinerverlag.com

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung erscheint werktags

Mo-Fr sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.

Mit dem Digital-Abonnement der Berliner Zeitung erhalten Sie

jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf Berliner Zeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer

Internetseite aboshop.berlinerzeitung.de

Im Falle höherer Gewalt wie bei Arbeitskampf (Streik/Ausspannung) besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Kreuzberg.